

Inhalt:

Seite 1: Die Landtagssitzung vom 18./19. Februar 2010 im Überblick / **Seite 3:** Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung / **Seite 5:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen / **Seite 6:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 6:** Aktuelle Terminhinweise / **Seite 7:** Lesetipps

Die Landtagssitzung vom 18./19. Februar 2010 im Überblick

Im folgenden werden in der Reihenfolge des zeitlichen Ablaufs in knapper Form der jeweilige **Gegenstand und das Beratungsergebnis** dargestellt.

Es erfolgt zudem eine Konzentration auf die aus Sicht der Redaktion wichtigsten Tagesordnungspunkte, eigenständige Anträge der LINKEN finden hier **keine Berücksichtigung**, sie werden gesondert vorgestellt. Einen **vollständigen Überblick** zu den Beratungsergebnissen bietet die [kommentierte Tagesordnung](#) auf der Seite des Landtags. Die **Verlinkung** des jeweiligen Tagesordnungspunktes verweist im übrigen in der Regel auf genau diese Seiten. Hier sind alle Originalredebeiträge als Videoclip zugänglich, der Verweis auf das jeweilige [Redemanuskript](#) liefert oft eine etwas abweichende Darstellung, es gilt in jedem Falle das gesprochene Wort.

18. Februar 2010, erster Beratungstag

TOP 01: Die Sitzung beginnt mit einer [Regierungserklärung des Ministers für Landesentwicklung und Verkehr Dr. Karl-Heinz Daehre zum Thema: „Neue Wege in der Verkehrspolitik“](#) und der dazu gehörigen [Aussprache](#). Das Ganze wirkt eher etwas schaumgebremst und lustlos, darauf deutet auch die Einsparung von ca. 30 Minuten im Vergleich zur Zeitplanung hin. Minister Daehre verweist darauf, dass Sachsen-Anhalt als zentral gelegenes Bundesland an der Schnittstelle zwischen den europäischen Regionen und zudem in der Metropolregion Mitteldeutschland anspruchsvollen verkehrspolitischen Anforderungen gegenüber stehe, er verweist auf technische Neuerungen. Dem entgegnet der verkehrspol. Sprecher der LINKEN **Uwe Heft** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)): „Neue Wege in der Verkehrspolitik können nicht nur durch die Implementierung neuer Technologien, wie sie u. a. die Telematik bietet beschränkt werden. Neue Technologien bieten die Chance zur koordinierten Steuerung und Lenkung der Verkehrsströme. Zur Lösung und Verbesserung des Status Quo tragen diese Technologien nur minimal bei. Sie doktern an den Symptomen herum ohne wirklich zu heilen.“ Neue Wege in der Verkehrspolitik müssten den Menschen in den Fokus jeglichen Handelns stellen. Verkehrspolitik dürfe nicht dem Geschwindigkeitsrausch erliegen, Ziel einer angemessenen und sozial verträglichen Mobilität müsse der ankommende Mensch sein. Beschlussfassungen sind zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vorgesehen.

TOP 03: Zur ersten Beratung werden dem Landtag der [Entwurf eines Zweiten Begleitgesetzes zur Gemeindegebietsreform \(Drs. 5/2401\)](#) und **11 Gesetzentwürfe über die Neugliederung der Gemeinden im Land Sachsen-Anhalt** (diese sind [hier](#) zu finden, ebenso die sieben Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE) vorgelegt. [Innenminister Hövelmann](#) sieht Sachsen-Anhalt auf dem besten Weg, die Gemeindegebietsreform zum Abschluss zu bringen. Ziel sei es, spätestens am 1. Januar 2011 alle gesetzlich noch erforderlichen Neugliederungen in den elf Landkreisen wirksam werden zu lassen. Mitte 2007 habe es 1.043 kreisangehörige Gemeinden gegeben, per 24. Januar 2010 seien es noch 362. Der kommunalpol. Sprecher der LINKEN **Gerald Grünert** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) kann den übersprudelnden Optimismus des Innenministers nicht so recht teilen: „Nunmehr, nach über 10 Jahren hat sich die Mehrzahl der Gemeinden

„freiwillig“ neu gebildet, soll der restliche Bestand durch Zuordnung einer erfolgreichen zukünftigen Entwicklung zugeführt werden. Wer jedoch dachte, dass die Grundsätze des Begleitgesetzes den Prozess der Neubildung zu Grunde gelegt werden, wurde herb enttäuscht. Politische Willkür, provinzielle Partikularinteressen und das komplette Fehlen eines raumordnerisch durchdachten und sinnvoll vernetzten Konzeptes zur Gemeindegebietsreform kennzeichnen die bisherigen Ergebnisse.“ Zudem stelle die fehlende gesetzliche Verankerung einer interkommunalen Funktionalreform als inhaltliche Rechtfertigung für den erheblichen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung die Sinnhaftigkeit der Reform nachhaltig in Frage.

Das ganze Paket – die Gesetzentwürfe wie die Änderungsanträge - wird nach recht lebhafter Debatte in den zuständigen Ausschuss für Inneres überwiesen.

TOP 04: Zur abschließenden Beratung liegt der [Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Untersuchungshaft in Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/1532; Drs. 5/2019; Drs. 5/2390; Drs. 5/2414\)](#) vor. [Justizministerin Kolb](#) freut sich auf ein modernes Gesetz für den Untersuchungshaftvollzug. Die Abgeordnete der LINKEN [Eva von Angern](#) (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) signalisiert Zustimmung: „Zusammenfassend stelle ich fest, dass der vorliegende Gesetzentwurf der momentanen Situation durchaus angepasst ist, dass er eine gute Regelung für den Vollzug der U-Haft hier in Sachsen-Anhalt darstellt. Es gibt sicherlich noch an der einen oder anderen Stelle Verbesserungsbedarf. Es wird auch während der Umsetzung in den nächsten Jahren noch zu weiteren Dingen kommen, die zu einer Verbesserung führen werden. Das können wir vielleicht auch in einer neuen Regierungskoalition besprechen und lösen.“ Koalition und DIE LINKE stimmen zu, die FDP lehnt das Gesetz ab. Damit ist es mehrheitlich beschlossen.

TOP 06: Ebenfalls zur abschließenden Beratung ist der [Entwurf eines Gesetzes zur Neugliederung der Justizvollzugsstrukturen in Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2304; Drs. 5/2419; Drs. 5/2445\)](#) aufgerufen. [Justizministerin Kolb](#) betont, es handele sich hierbei um die umfassendste und tiefgreifendste Strukturreform des Justizvollzugs seit 1990, es werde in Sachsen-Anhalt künftig nur noch fünf Justizvollzugsanstalten einschließlich der Jugendanstalt in Raßnitz und einer Jugendarrestanstalt an sieben Standorten geben. Für DIE LINKE erklärt deren Abgeordnete [Eva von Angern](#) (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)): „Die Aufgabe der Politik, aber auch das gesellschaftliche Interesse besteht darin, dass auch in Zeiten knapper Kassen ein menschenwürdiger Behandlungsvollzug vorgehalten wird. Das sollte unser Handlungsleitbild sein. Vor diesem Hintergrund war die Entscheidung zu den Standorten in Halberstadt und in Stendal unumgänglich.“

Das Gesetz wird mit großer Mehrheit beschlossen, ebenso der Entschließungsantrag der FDP, mit dem die Landesregierung wird beauftragt wird, die Abteilungen in Halberstadt und Stendal aufzulösen.

**Bildung
wirkt!**

TOP 08: Die Landesregierung legt den [Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 im Land Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2400\)](#) vor, in der Begründung - die ist umfänglicher, als der eigentliche Gesetzestext ... - heißt es u.a.: „Der Zensus (Volkszählung) ist national wie international ein wesentliches Fundament der amtlichen Statistik. Er liefert Basisdaten zur Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Wohnsituation, auf denen alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Planungsprozesse bei Bund, Ländern, Kommunen und zunehmend auch in der Europäischen Union im Rahmen ihrer Struktur- und Regionalpolitik aufbauen.“ Die rechts- und innenpol. Sprecherin der LINKEN [Gudrun Tiedge](#) (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) ist skeptisch: „... mit dem Zensusgesetz 2011 wird in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung erheblich eingegriffen. Die Zweckdarstellung kann diesen massiven Grundrechtseingriff verfassungsrechtlich nicht rechtfertigen. ... Die erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken ergeben sich vor allem aus der Möglichkeit der Abbildung von Persönlichkeitsbildern, sozialer Stigmatisierung durch Meldedaten der Agenturen für Arbeit („für den Arbeitsmarkt nicht zu aktivieren“) sowie der nicht auszuschließenden adressgenauen Zuordnung sämtlicher Daten zu einer Person und der Zweitverwertung erhobener Daten.“ Der Entwurf wird in die Ausschüsse für Inneres und Finanzen überwiesen.

TOP 09: Zur Debatte steht der [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Fachhochschule der Polizei und anderer Gesetze aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern \(Drs. 5/2426\)](#), ebenfalls von der Landesregierung vorgelegt. Anlass für die Änderung ist die umfassende Reform des Studienganges für die Ausbildung von. [Innenminister Hövelmann](#) erläutert, Ausgangs- und Kernpunkt der Gesetzesänderung sei die Einführung eines Bachelor-Studienganges an der Fachhochschule Polizei. Der hochschulpol. Sprecher der LINKEN [Hendrik Lange](#) (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) sieht zunächst Fortschritte: „Mit der Novellierung des Gesetzes über die Fachhochschule Polizei hat die Landesregierung zumindest teilweise die Chance ergriffen, die Fachhochschule auch stärker als Fachhochschule zu profilieren. So wird die Freiheit von Forschung und Lehre im Gesetz festgeschrieben.“ Beratungsbedarf sieht er hinsichtlich der Zusammensetzung der Hochschulgremien und der Einführung der Personalkategorie „Fachhochschuldozent“. Der Entwurf wird von allen Fraktionen in die Ausschüsse für Inneres sowie Bildung, Wissenschaft und Kultur überwiesen.

TOP 12: Erneut hat DIE LINKE darauf bestanden, zum Thema [Erledigte Petitionen \(Drs. 5/2395\)](#) eine Debatte im Plenum zu führen. Die Abgeordnete der LINKEN **Dolores Rente** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) verweist auf Kritisches: „Auch können wir uns nicht damit zufrieden geben, wie einige Fachbereiche in den Ministerien mit Petitionen umgehen und dementsprechend zum Teil sehr oberflächlich Stellung nehmen.“ Dies gelte auch für einige Landtagsausschüsse. Koalition und FDP stimmen der Beschlussempfehlung zu, DIE LINKE enthält sich. Die in der Anlage aufgeführten Petitionen werden damit für erledigt erklärt.

19. Februar 2010, zweiter Beratungstag

TOP 11: Es geht um die zweite und abschließende Beratung des Antrages der LINKEN [Konzept für eine interkommunale Funktionalreform in Sachsen-Anhalt vorlegen \(Drs. 5/1704; Drs. 5/2415\)](#). Mehr als ein Jahr hat der Ausschuss für Inneres gebraucht, um dem Landtag ganz schnörkellos die Ablehnung anzuempfehlen. Der kommunalpol. Sprecher der LINKEN **Gerald Grünert** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) reagiert entsprechend: „Nunmehr steht unser Land kurz vor Abschluss einer grundlegenden Gemeindegebietsreform. Während noch die Gutachter über die Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Gemeindemodelle stritten, bleibt festzustellen, dass es einer Gebietsreform ohne Funktionalreform nicht bedurft hätte. ... Der Inhalt unseres Antrages war die Einforderung eines Konzeptes der Landesregierung zur interkommunalen Funktionalreform. Aber selbst dieses Konzept ist offensichtlich schon eine Überforderung dieser noch amtierenden Landesregierung und ein Beweis für ihre Handlungsunfähigkeit.“ Die Koalition stimmt der Beschlussempfehlung des Innenausschusses zu, DIE LINKE und die FDP lehnen sie ab.

TOP 18: Die FDP fordert die [Streichung des § 16 Absatz 4 des Achten Sozialgesetzbuches \(Drs. 5/2428\)](#), es geht um Betreuungsgeld, in der Antragsbegründung heißt es dazu: „Ziel der Kinderförderung in Sachsen-Anhalt ist es, eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen, die den Bildungsanspruch an die Einrichtungen erfüllt und es den Eltern ermöglicht, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und damit Familie und Beruf in Einklang zu bringen.“ Die kinder-, jugend- und familienpol. Sprecherin der LINKEN **Eva von Angern** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) bemerkt dazu: „Die FDP-Fraktion trägt in der Begründung zu dem Antrag vor, dass das Betreuungsgeld ein Risiko, eine Gefahr für die Ziele, für die Infrastruktur der frühkindlichen Bildung in Sachsen-Anhalt darstellen könnte. DIE LINKE teilt diese Risikoeinschätzung.“ Allerdings - das Betreuungsgeld sei keine Entscheidung für Kinder, es sei eine Entscheidung für ein tradiertes Rollenbild. Mit der Zahlung werde das Signal ausgesendet, dass Eltern quasi dafür belohnt werden, wenn sie ihren Kindern nicht Bildung und Förderung durch die Kitas zuteil werden lassen. Mit den Stimmen der Koalition wird der Antrag abgelehnt, DIE LINKE und die FDP befürworten ihn hingegen.

TOP 19: DIE FDP will das [Planfeststellungsverfahren für den Saale-Seiten-Kanal zügig eröffnen \(Drs. 5/2429; Drs. 5/2442\)](#), die Landesregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene auf eine schnellstmögliche Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens hinzuwirken. Der Änderungsantrag der Koalition fasst das Anliegen etwas breiter und detaillierter. Der raumordnungspol. Sprecher der LINKEN Dr. Uwe-Volkmar Köck (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) sieht in diesem Änderungsantrag einen gewissen Sinneswandel von CDU und SPD, weg von der einseitigen Fokussierung auf den Wasserbau. Die Koalition stimmt ihrem Änderungsantrag zu, die FDP enthält sich, DIE LINKE lehnt ab.

Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN

Der Bericht zu den parlamentarischen Initiativen der LINKEN erfolgt in der Reihenfolge der [Tagesordnung](#) für diese Landtagsitzung.

TOP 14: [Neuausrichtung des Personalentwicklungskonzeptes 2010 \(Drs. 5/2420\)](#)

Der Antrag wird u.a. wie folgt begründet: „Im Rahmen der Arbeit der Enquetekommission, bei aktuellen Diskussionen in den Fachausschüssen und Fraktionen des Landtages von Sachsen-Anhalt hat sich erwiesen, dass die Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes nach den bisherigen Grundsätzen (u. a. Erreichen und Halten der 19 Beschäftigten pro 1000 Einwohner, strikte Kopplung der Neueinstellungen an das Erreichen der Abbaurate, eine 30 %ige Abbaurate in der „übrigen Verwaltung“) die erforderliche Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt massiv gefährdet. Es wird deutlich, dass es keine Mehrheit für das Fortführen dieses Kurses gibt.“

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE **Wulf Gallert** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) betont: „Ganz offensichtlich sind diese Personalentwicklungskonzepte der Landesregierung beschlossen worden, ohne dass klar war, welche inhaltlichen Konsequenzen dies für die Aufgabenerfüllung in Sachsen-Anhalt hat. ... das Personalentwicklungskonzept der Landesregierung ist politisch gescheitert. Die Frage ist nur, wie lange es dauern wird, bis auch die Vertreter der Koalition das zugeben werden. ... Die zentrale Botschaft in der Personalpolitik des Landes darf nicht mehr die des möglichst schnellen Personalabbaus sein.“ **Finanzminister Bullerjahn** kontert, dieses Personalkonzept habe schließlich einen Hintergrund, der nicht darin bestünde, dass jemand meine, er müsse dauernd irgendwelche Tabellen aufschreiben. Land Sachsen-Anhalt, und das habe der Kollege Gallert völlig ausgeblendet, lebe im Moment immer noch davon, dass es Schulden aufnehmen müsse, um seinen Haushalt zu decken. Es ginge nicht, sich hier einfach hinzustellen und den Leuten zu suggerieren, das könne alles ganz anders sein, ohne zu erzählen, wie es im Ansatz zu finanzieren sei.

Lediglich DIE LINKE selbst stimmt dem Antrag zu, alle anderen Fraktionen lehnen ab.

TOP 15: [Hartz IV umwandeln in eine bedarfsorientierte Mindestsicherung](#) **(Drs. 5/2421)**

Im Antrag heißt es: „Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Zuge der Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Berechnung der Hartz IV-Regelsätze für Kinder und Erwachsene Voraussetzungen geschaffen werden für die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung.“ Die sozialpol. Sprecherin der LINKEN **Birke Bull** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) hebt dies hervor: „Beim Sozialstaatsprinzip geht es nicht um anstrengungslosen Wohlstand, es geht auch nicht um geistigen Sozialismus, sondern es geht um ein physisches Existenzminimum. Ferner geht es um die Frage, wie es gelingt, ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu ermöglichen. ... Hartz IV hat das Land wie kein anderes Gesetz gespalten, und zwar in vielerlei Hinsicht. Wir haben es mit Armut zu tun, vor allen Dingen mit Kinderarmut. Sie ist zu

**MINDEST
LOHN**

einem zentralen Problem geworden, mit dem wir uns alle auseinanderzusetzen haben.“ Für **Minister Haseloff** scheint die Welt einigermaßen in Ordnung: Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt in den letzten drei Jahren sei nicht allein durch eine gute wirtschaftliche Entwicklung zu erklären, sondern auch durch die Kombination mit dem System des SGB II. Ein Drittel weniger Arbeitslose seien nicht von allein gekommen. Man sei noch nicht am Ende des Wegs, bräuchte sich dafür aber nicht zu schämen und könne stolz darauf sein, was man in Deutschland, in dieser Solidargemeinschaft hinbekommen habe. Nachfragen möchte der Minister aber dann lieber doch nicht beantworten ...

Immerhin, einfach ablehnen mag man denn doch nicht, der Antrag wird in die Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit sowie für Soziales überwiesen.

TOP 16: [Zeitarbeit auf Mindestmaß begrenzen](#) **(Drs. 5/2422)**

Die Einführung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes war ursprünglich darauf gerichtet, in Unternehmen mit kurzzeitigen Produktionsspitzen zusätzliche Arbeitnehmer zu beschäftigen, so die Antragsbegründung. In den vergangenen Jahren habe sich die Zeitarbeitsbranche auf dem ersten Arbeitsmarkt etabliert und agiere wie jede andere Branche gewinnorientiert. Das habe zu einer enormen Zunahme von Zeitarbeitnehmern und Lohndumping in fast allen Branchen geführt. Und die gewerkschaftspol. Sprecherin der LINKEN **Edeltraud Rogée** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) unterstreicht: „Zum einen geht es um gleiche Arbeitsentgelte von Zeitarbeitern und Stammbeschaft nach einer angemessenen Frist unter Wahrung der Tarifautonomie. Zum anderen geht es um die Begrenzung der Verleihdauer von Zeitarbeitern oder andere geeignete Maßnahmen zur Vermeidung der Substituierung der Stammbeschaft. ... Ursprünglich war die Einführung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes darauf gerichtet, in Unternehmen mit kurzzeitigen Produktionsspitzen zusätzliche Arbeitnehmer zu beschäftigen. Was zur Entlastung des Arbeitslosenmarktes gedacht war, ist zur Belastung für viele Beschäftigte geworden.“ **Minister Haseloff** ist anderer Auffassung: Er teile die Auffassung der Antragsteller nicht, wenn es darum ginge, der Zeitarbeit das Image eines den Arbeitsmarkt aushöhlenden Phänomens zu geben. Ein Argument für die Leiharbeit an sich sei die unverändert hohe Erfolgsquote der Wiedereingliederung von vormaligen Arbeitslosen in eine reguläre Beschäftigung. Immerhin - Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes sollten im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Umsetzung der EU-Richtlinie diskutiert und gegebenenfalls beschlossen werden.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit überwiesen.

TOP 17: [Perspektiven der Photovoltaik in Deutschland sichern](#)
([Drs. 5/2423](#))

Dieser Antrag wird gemeinsam mit dem Koalitionsantrag **Solarförderung** ([Drs. 5/2424](#)) behandelt. In der Antragsbegründung der LINKEN wird auf das zentrale Problem hingewiesen: „Die Bundesregierung plant zum 1. April 2010 für Dachanlagen und zum 1. Juli 2010 für Freiflächenanlagen eine Absenkung der Einspeisevergütung für Solarstrom von zusätzlich 15 %, für Freiflächenanlagen bis zu 25 %. Sowohl der Zeitpunkt als auch die Höhe der Reduzierungen sind nicht akzeptabel. Durch diese kurzfristige Entscheidung besteht die reale Gefahr des Arbeitsplatzabbaus in der Fertigung sowie des Abbaus von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten.“ Die Koalition setzt hinsichtlich der Reduzierung der Förderung auf einen Stufenplan bis zum Jahr 2013. Der wirtschaftspol. Sprecher der LINKEN **Dr. Frank Thiel** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) bringt es auf den Punkt: „Es gilt, Deutschland als Leitmarkt für erneuerbare Energietechnologien zu festigen, der neue Nachfrage-Trends frühzeitig bedienen kann. Die entscheidende politische Frage lautet: Wollen wir den zügigen Ausbau der regenerativen Energieerzeugung als Ersatz für die fossilen Brennstoffe oder nicht? ... Die entscheidende Frage lautet nicht, ob die Kürzung bei der Solarförderung um drei oder sechs Monate verschoben wird. Das erleichtert die Planungen in der Forschung und Produktion für die Solarbranche überhaupt nicht ... Entscheidend ist vielmehr, ob die bekannte Forderung, bis zum Erreichen der Netzparität keine Änderungen bei den Förderaten vorzunehmen, noch Bestand hat.“ Warum sich **Minister Haseloff** zunächst der Volksrepublik China, ihrer kommunistischen Partei und der Arbeitsweise von Diktaturen widmet, erschließt sich nicht bis zur letzten Konsequenz. Der Antrag der LINKEN wird von den anderen Fraktionen abgelehnt, diese stimmen dem Koalitionsantrag zu, bei dem sich DIE LINKE der Stimme enthält.

TOP 20: [Rettungsschirm für die Kommunen](#)
([Drs. 5/2430](#))

Eigentlich sagt es schon der Titel - die Kommunen in Sachsen-Anhalt geraten jetzt in die Situation, wichtige Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge infrage zu stellen. Die Ursachen dafür liegen in gleicher Art und Weise in den zurückgehenden Gewerbesteuererträgen, wie den reduzierten Landeszuweisungen. Im Interesse der Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge muss den Kommunen Sachsen-Anhalts wenigstens ab dem Haushaltsjahr 2011 eine Mindestzuweisung auf der Basis der Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 2009 seitens des Landes gewährleistet werden. Die finanz- und haushaltspol. Sprecherin der LINKEN **Dr. Angelika Klein** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) beschreibt die Situation sehr klar: „Die finanzielle Situation der Kommunen ist seit Jahren bekannt. Die chronische Unterfinanzierung vieler Städte und Gemeinden ist ein Dauerbrenner. Doch getan hat sich nicht viel. Im Gegenteil, die schwarz-gelben Bundesregierung und auch die schwarz-rote Landesregierung ignorieren die seit Monaten anhaltenden Hilferufe aus den Städten und Gemeinden oder aber werten sie ab. ... Dieses hausgemachte Elend kann beseitigt werden. Die Fraktion DIE LINKE fordert deshalb bei der Erarbeitung eines Nachtragshaushaltes für 2011 die Finanzzuweisungen wieder auf dem Stand von 2009 vorzunehmen. Wir wissen, dass die 100 Mio. € noch nicht ausreichen, die Kommunen ausreichend zu finanzieren. Aber es wäre ein ernsthaftes Signal an diese, dass das Land die Kommunen nicht allein lässt.“ **Innenminister Hövelmann** moniert, die Fraktion DIE LINKE gebe mit ihrem Antrag natürlich auch keinerlei Hinweise darauf, wo denn gegebenenfalls zusätzliche Gelder herkommen sollten bzw. könnten, da erübrige sich eine weitere Betrachtung. Sachsen-Anhalt werde die Interessen auch seiner Kommunen im Bundesrat selbstverständlich vertreten. Koalition und FDP lehnen den Antrag ab. Pikant bleibt bei der Sache, dass die bundespolitischen Forderungen der LINKEN nahezu wortgleich einem [Beschluss des SPD-Präsidiums](#) entsprechen ...

DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen und der Landesregierung

TOP 03: [Entwurf eines Zweiten Begleitgesetzes zur Gemeindegebietsreform](#)

Wie schon oben erwähnt, hat DIE LINKE insgesamt 7 Änderungsanträge zum Themenkomplex Gemeindegebietsreform eingebracht ([Drs. 5/2435](#); [Drs. 5/2436](#); [Drs. 5/2437](#); [Drs. 5/2438](#); [Drs. 5/2439](#); [Drs. 5/2440](#); [Drs. 5/2441](#)). All diese Einzelanträge zu jeweils Einzelgesetzen wurden in den Innenausschuss überwiesen.

Die Positionen der Fraktion zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung können jeweils in den **Redebeiträgen der Abgeordneten** auf der [Homepage](#) der Fraktion nachgelesen werden:

Und hier: das offizielle [Wortprotokoll des Landtages](#)

Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN

⇒ Pressemitteilungen

Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die alle [Pressemitteilungen](#) der letzten Jahre zu finden:

⇒ Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt

Informationen sind hier zu finden:



15. November 2009: [Beschluss des Landesparteitages zum Antrag der Landtagsfraktion zum Landesentwicklungsplan und zur zukünftigen Energie- und Klimaschutzpolitik](#)

⇒ DIE LINKE – Bildung wirkt!



Aktuelle Termine und Veranstaltungshinweise

- Sonntag, 07. März 2010, Barriere Zienau
[200. Friedensweg Colbitz-Letzlinger Heide](#)
- Dienstag, 09. März 2010, Magdeburg/Landtag
[Frauentagsveranstaltung der Fraktion](#)
- 10. bis 14. März 2010, Berlin
[Linke Medienakademie](#)
- 12. bis 14. März 2010, Bielefeld
[Frauenkongress der LINKEN](#)
- 18./19. März 2010, Magdeburg
Landtagssitzung

- 27./28. März 2010, Essen
[Kommunalpolitische Konferenz der LINKEN](#)

Weitere Veranstaltungstermine:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php
- http://die-linke.de/nc/die_linke/termine/
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

Lesetipps:

- [Erlaubte und verbotene Vergleiche](#)
- [Baron zu Stil und Bruch](#)
- [Der Markt-Schreier](#)
- [Das Wohl des Landes](#)
- [Gott wird ein Auge zudrücken](#)
- [Politische Sprache: Zeichen und Zunge der Macht](#)

DOKUMENTIERT: [Gründungsaufruf 'Institut Solidarische Moderne'](#)

[Immer lesenswert!](#)



PDF-Download dieser und früherer Ausgaben: [HIER](#)

Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de